

reich und Be-
auer sie bereit ist,
wünscht England
an antientliche

einverstanden, falls
es es wünscht, und
gebräut halten, die
System einzuhe-

Bereit, zur weiteren
ungen zwischen den
liegen, der geeignet
e automatisch und

überholt ihr Ange-
d grenzenden Staat-
griffspalte ab-
ung in den letzten
let gegenüber einer
nimmt die deutsche
effende Ausnahme,
erklärt sich unter
rt samen Aus-
onomie des
Witauen einen fol-

lichen Gleichberech-
tellung der vollen
e Reichsgebiet steht
auptgrund für den
rbund als befestigt
n den Bältern
bei der Erwartung
Zeit auf dem Wege
Frage der sol-
wie die Frage der
atus von sei-
kärzt wird."

ung
ung.

zurückge-
nte des deut-
März sind unde-
e, wie jedermann
die der Minister
ammer abgegeben

Information des
richtigkeiten
e vom 3. Februar
die Wortschläge
rede vom 21. Mai
handlungen über
mehr hat Frank-
om Abschluß eines
hilfungsconvention
ungen abhängig
des Besuches
e beim Füh-
Ansch des Inter-
rechts getrenn rich-

chland hätte vor-
ationales Schiebs-
vereinbarkeit des
carno selbststän-
halten, warum
ich als be-
ihm sofort noti-
durch den Abschluß
i zu schaffen.

den Besuch des
am Tage nach der
Paris Miß" wird
erklärt:

des Führers der
und somit schen-
n nächsten Tage
erung nicht nur
artet, bis sie,
er die Rati-
es vollzogen
freigab, um
eine Woche
einer Miß-

den Botchafters
schänker das in
en deutsch-franzö-
" wolle. Aus
Botchafters
daß wieder-
erbitungen
Antwort ge-
schafter ist nie-
Besuch möge
und gebe im
de lediglich
communiqué
lich nichts im
bereits die Tat-

an deutscherseits
es Communiqué
es Interview er-
gen nachträglich

altungen.

(te)
titel der Presse
Wie wir hören,
eine derartige
werden soll, das
der Länder
g der zwischen
der einen oder
men in einer
lichkeit vor

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt,
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 69

Dienstag, den 10. März 1936

Jahrgang 1936

Der Widerhall des deutschen Angebotes.

Im Ausland sind es leider nur wenige Menschen, die die für die Zukunft Europas so wegweisende und in so klarem Aufbau den Standpunkt Deutschlands darlegende Rede des Führers und Reichkanzlers im Wortlaut oder in wortgetreuer Uebersetzung zu lesen bekommen. Und das ist besonders bedauerlich für die große Masse der Franzosen. Ihre Presse legt ihnen von der Rede nur willkürlich entworfene Auszüge vor; umso mehr wird aber die öffentliche Meinung in Frankreich im Sinne der Regierung durch die mit ihr gegen Deutschland durch die Dänen gehende Boulevardpresse bearbeitet. Es ist zwar in allen Ländern so, daß die Regierung von der Presse oder einem mehr oder weniger großen Teil unterstützt wird, aber in Frankreich ist das, nicht nur vom deutschen, sondern vom europäischen Standpunkt aus, verhängnisvoll, weil diese Regierung sich in der Politik gegenüber Deutschland und damit gegenüber dem europäischen Frieden wie alle ihre Vorgängerinnen in den Jahren nach dem Weltkriege als eine Regierung erweist, die kampfhaft die Augen davor verschließt, daß die Zeit von Versailles dahin ist, daß der Deutschland aufgezogene Friedensvertrag, der mit dem Namen dieser Stadt verknüpft ist, an seinen ungeheuren machtpolitischen Ueberbahrungen zerbrochen ist. Aber auch als eine Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, daß alles, was sie unternimmt, gut und richtig und mit den bestehenden Verträgen im Einklang sei, die Warnungen und Hinweise darauf, daß das Gegenteil der Fall sei, in den Wind schlägt und dann aus dem Häuschen gerät, wenn schließlich der Vertragspartner sich gezwungen sieht zu erklären, daß durch die Handlungen dieser Regierung, durch den Mißbrauch, den sie mit einem ihr wertvollen Vertrag treibt, dieser seine Geltungskraft verloren hat.

Es ist der Locarnovertrag, mit dem die französische Regierung genau wie vor dem mit dem Versailler Vertrag Mißbrauch getrieben hat, und nicht erst durch den Abschluß des Ruffenpaktes, sondern auch schon früher, als sie versuchte, die beiden Garantien dieses Vertrages, England und Italien, einseitig zu ihrer Unparteilichkeit kompromittierenden Abmachungen zu bewegen, die nur Frankreich zugute kommen mußten. Durch den Pakt mit der Sowjetunion aber hat Frankreich dann zu verstehen gegeben, daß es nicht mehr unbedingt zu dem Grundsatze steht, daß es zwischen ihm und Deutschland, wie es der Sinn des Locarnovertrages ist, niemals mehr zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen dürfe.

Das ist der Tatbestand, der vorlag, als der Führer den Reichstag einberufen ließ, um ihm, nachdem außerdem noch alle seine bisherigen Verständigungsangebote an Frankreich von dessen Regierung keine Beantwortung gefunden hatten, die Konsequenzen mitzuteilen, die er aus der ohne jedes deutsche Verschulden und gegen Deutschlands Willen entstandenen Lage zu ziehen willens war. Der Locarnovertrag war erloschen, Einreisungsbestrebungen gegen Deutschland hatten Hand und Fuß bekommen. Dieser Situation begegnete der Führer, indem er aus der französischen Zorpedierung jenes Vertrages die wohlgegründete Berechtigung zur Remilitarisierung der entmilitarisierten Rheinlandzone und damit zur vollen Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland folgte und indem er zugleich nicht nur Frankreich, sondern sozusagen dem ganzen nichtsozialistischen Europa weitgehende, zur Sicherung des Friedens geeignete Vorschläge machte, die bereits Zeugnis ablegen von der durch und durch friedfertigen, aber bewußt nationalen deutschen Außenpolitik.

Zu diesen Vorschlägen liegen bisher französische und englische Regierungsaussagen vor. Der französische Außenminister Flandin hat mit Entrüstung über den Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland gesprochen und die Einberufung des Völkerbunds beantragt, damit er sich mit dem nach französischer Ansicht unternommenen Verstoß gegen die Verträge von Versailles und Locarno befasse. Der französische Ministerpräsident Sarraut hat im Rundfunk erklärt, daß die französische Regierung die Prüfung der deutschen Angebote ablehne. Was zu den Erklärungen dieser beiden französischen Staatsmänner vom deutschen Standpunkt aus zu sagen ist, das ist von amtlicher Stelle gesagt worden. Dann aber hat gestern im britischen Unterhaus der britische Außenminister Eden zu dem deutschen Memorandum Stellung genommen. Seine Erklärung stimmt zwar mit den französischen Äußerungen darin überein, daß sie Deutschland eine Verletzung des Locarno-Vertrages vorwirft, ein Vorwurf, den wir zurückweisen müssen, da es, wie oben bereits ausgeführt, nicht Deutschland, sondern Frankreich gewesen ist, daß durch sein Verhalten den Vertrag gefährdet und ihm den Todesstoß versetzt hat. Aber im übrigen unterscheidet sich doch die durch Eden dargelegte und nach ihm noch durch den Premierminister Baldwin unter-

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Edens Erklärung zum Memorandum.

„Die britische Regierung ist der Ansicht, daß keine Gelegenheit ngenützt bleiben darf, die irgendeine Hoffnung bietet“.

Baldwin unterstreicht den Friedensappell.

DNB London, 9. März.

Das Unterhaus trat am Montagmittag zu der üblichen Zeit zusammen. Mit größter Spannung wartete das vollbesetzte Haus auf die Erklärung des Außenministers Eden. Zunächst wußte man nicht, ob er seine Erklärung bereits in der Fragezeit abgeben wolle oder erst danach. Der Anlaß für die Vermutung, daß Eden schon in der Fragezeit das Wort nehmen würde, war die Anfrage des radikalen Arbeiterabgeordneten Cods, der wissen wollte, ob die Regierung irgendeine Mitteilung zur Rheinlandfrage abgeben könne. Zur allgemeinen Enttäuschung antwortete anstelle Edens Lord Cranborne. Er forderte Cods auf, sich zu gedulden, bis Außenminister Eden seine Erklärung abgebe. Cods hielt es darauf für richtig, den Unterstaatssekretär zu fragen, ob er jetzt noch glaube, daß irgend ein ehrenhaftes Abkommen mit Deutschland möglich sei — eine Frage, die im Hause zahlreiche Protestrufe hervorrief und vom Unterstaatssekretär ignoriert wurde.

Am Ende der Fragezeit waren die Galerien, sowie die Diplomatenlogen bis auf den letzten Platz besetzt. Kurz darauf erhob sich

Außenminister Eden.

um im Auftrage der britischen Regierung eine formulierte Erklärung abzugeben.

Eden gab zunächst eine Darstellung seiner letzten Fühlungnahme mit dem deutschen Botchafters in der Frage eines Luftpaktes. Hierauf wiederholte er im einzelnen den Inhalt des deutschen Memorandums vom 7. März und führte dann u. a. aus:

Beim Empfang dieser Mitteilung teilte ich dem deutschen Botchafters mit, er dürfe nicht von mir erwarten, daß ich irgendwelche ins einzelne gehende Bemerkungen

über eine Urkunde von dieser Bedeutung machen würde, solange ich keine Gelegenheit gehabt hätte, sie zu prüfen und mit meinen Kollegen über die dadurch geschaffene Lage zu beraten. Gleichzeitig sagte ich dem deutschen Botchafters, daß ich eine Bemerkung sofort machen müsse. Ich bedauerte aufs tiefste die Mitteilung über die Aktion, die die deutsche Regierung hinsichtlich der entmilitarisierten Zone unternommen habe. Er, der Botchafters, werde es zu würdigen wissen, daß dies der einseitigen Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages gleichkomme. (Beifall.)

Mit sei, so erklärte ich dem Botchafters, die Ansicht der deutschen Regierung über die Wirkung des französisch-sowjetischen Paktes aus dem Locarnovertrag bekannt. Diese Ansicht werde jedoch nicht von den anderen Unterzeichnermächten des Vertrages geteilt, und wenn die deutsche Regierung trotz der Meinung der anderen Unterzeichner noch ihre eigenen Schlussfolgerungen aufrecht erhalte, dann stehe Deutschland als letzter Weg das Schiedsverfahren zur Verfügung. Ich mußte befürchten, daß die Wirkung der einseitigen Aufkündigung dieses Vertrages auf die Regierung und die britische öffentliche Meinung unvermeidlich beklagenswert sein müsse.

Ich brauche nicht, so erklärte Eden ferner, die Bedeutung der von der deutschen Regierung erhaltenen Mitteilung zu betonen. Ähnliche Mitteilungen sind den anderen Unterzeichnern des Locarnovertrages zugegangen. Aber bevor ich Feststellungen allgemeinerer Natur mache, möchte ich das Haus gerne über die Schritte unterrichten, die in der unmittelbaren Zukunft getan werden sollen.

Die französische und die belgische Regierung haben mit vollem Wissen und Einverständnis der britischen Regierung gebeten, daß der Völkerbundrat sobald wie möglich zur Erörterung der Lage einberufen werden möge.

Ich muß betonen, daß der Völkerbundrat die zukünftige Körperschaft für diesen Zweck ist. Der Rat wird, wie verlautet, am kommenden Freitag zusammentreten. Natürlich wird vor dieser Zusammenkunft keine Entscheidung herbeigeführt werden; aber es wird ein Gedankenaustausch stattfinden, und zwar morgen in Paris zwischen den Vertretern der vier Locarno-Mächte ohne Deutschland. Diese Besprechungen werden am folgenden Tage in Genf wieder aufgenommen werden. Die britische Regierung wird bei dieser Gelegenheit durch den Lordgesellschafter Lord Halifax und mich selbst vertreten sein.

Kommunistische Ausschreitungen in Cadix.

Die deutsche Flagge vom deutschen Konsulat herabgerissen.

Kirchen und Kapellen in Brand gesteckt.

DNB Madrid, 9. März.

In Cadix haben am Sonntag mittag Kommunisten die Sakramentskapelle vom dortigen deutschen Konsulatsgebäude heruntergerissen und zerlegt. Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden des Zwischenfalles erhob der Geschäftsträger der deutschen Botchaft in Madrid Einspruch beim spanischen Staatsministerium gegen den Ueberfall, forderte Genugtuung und ersuchte um stärkeren Schutz der amtlichen Vertretungen in Spanien. Der deutsche Kon-

sul in Cadix hat bei dem Gouverneur ebenfalls Protest erhoben.

Wie von privater Seite verlautet, haben die kommunistischen Demonstranten in der vergangenen Nacht mehrere Kirchen und Kapellen angezündet, Wohnungen von rechtsstehenden Persönlichkeiten und Büros von Rechtsparteien überfallen und die Möbel verbrannt. Die Polizei soll die Ruhe wiederhergestellt haben.

In Madrid, wo keine Umzüge von zum Teil uniformierten Kommunisten erfolgten, die die Internationale sangen und am laufenden Band Hoch- und Niederrufe ausbrachten, kam es vor der deutschen Botchaft zu Ansammlungen kommunistischer Demonstranten.

Der Vorbeimarsch der Ehrenabteilungen am Feldengedenktage vor dem Führer.



Im Anschluß an den Staatsakt in der Staatsoper und die Kranzniederlegung am Ehrenmal erfolgte der Vorbeimarsch der ruhmbedeckten Fahnen und je einer Ehrenabteilung von Meer, Marine und Luftwaffe vor dem Führer. Neben ihm auf dem Ehrenpodium stehen der greise Generalfeldmarschall von Hindenburg und Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg. (Ehren-M.)

Wend-Zeitung Bocholt, 25. März 1936. Durch den Postboten
2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Postlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg.
Beitragsgeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für fünfmalige Wende-Zeitung 10 Pfg. bei
22 Millimeter Breite, Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter.
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realstraße 14, Fernsprecher 8054. Annahmestellen für
Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinsperloer Straße 65 (L. Horad),
Buzloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sacklenstraße 69 (G. Natotte),
Gneisenstraße 85 (S. Querbach), Potsdamstraße 8 (W. Sobes),
Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 79.

Die Mitglieder des Unterhauses, so erklärte Eden weiter, werden zweifellos einige Andeutungen über die Gedanken und Absichten der britischen Regierung in Genf erwarten. Es handelt sich um ein Problem, dessen Entwicklung in einigen wichtigen Punkten noch dunkel ist. Eine Äußerung ist jedoch bestimmt wünschenswert. Denn jedermann kann die stabilisierende Kraft einer klarstehenden und geeinten britischen Nation in den Angelegenheiten Europas in diesem Punkte erkennen. Lassen wir nicht darüber täuschen, daß die einseitige Aufkündigung freiwillig eingegangener Verpflichtungen und ein gleichzeitiges Vorgehen Deutschlands, als ob diese Verpflichtungen nicht vorhanden seien, die internationale Lage sowohl verwickelt machen als auch erschweren.

Das Aufgeben des Locarnovertrages und die Beilegung der entmilitarisierten Zone hat gründlich das Vertrauen in jede Verpflichtung erschüttert, die von der deutschen Regierung vielleicht in Zukunft übernommen werden wird. In diesem Hause oder in diesem Lande kann niemand sein, der einen solchen Schritt verzeihen oder entschuldigen möchte. Er verfehlt dem Grundsatze der Heiligkeit der Verträge, der dem ganzen Geiste der internationalen Beziehungen zu Grunde liegt, einen schweren Schlag.

Ich bin dankbar, sagen zu können, daß kein Grund für die Annahme besteht, daß die gegenwärtige deutsche Aktion eine Drohung mit Feindschaften in sich schließt.

Die deutsche Regierung spricht in ihrem Memorandum von ihrem unabänderlichen Verlangen nach einer Befriedung Europas und drückt ihre Bereitwilligkeit aus, einen Nichtangriffspakt mit Frankreich und Belgien abzuschließen.

Aber es darf über unsere Lage als Unterzeichner des Locarno-Vertrages kein Mißverständnis geben, und daher ist es die britische Regierung für notwendig zu erklären, daß während der Zeit, die für die Errichtung der neuen Lage notwendig sein wird, jeder tatsächliche Angriff auf Frankreich oder Belgien eine Verletzung des Artikels 2 von Locarno darstellen würde. Die britische Regierung würde sich ungeachtet der deutschen Aufkündigung des Vertrages gebunden fühlen, gemäß den Vorlesungen des Vertrages dem angegriffenen Lande zu Hilfe zu eilen.

Es ist für alle offenkundig, daß unter den bestehenden Umständen der Übergang von einer schlechten Vergangenheit in eine bessere Zukunft ein mühsames und gewagtes Unterfangen sein wird. Wir haben nicht nur mit der Vergangenheit oder Gegenwart, sondern mit der Zukunft zu tun.

Eine der Hauptgrundlagen des Friedens in Westeuropa ist befestigt worden, und wenn dort der Frieden gesichert werden soll, ist es eine vielfältige Pflicht, ihn aufzubauen. In diesem Geiste müssen wir an die Vorschläge des deutschen Kanzlers herangehen. Die britische Regierung wird sie mit klarer Einsicht und objektiv prüfen mit dem Ziel, festzustellen, bis zu welchem Grade sie ein Mittel darstellen, mit dessen Hilfe die erschütterte Struktur des Friedens gestärkt werden kann. Bei dem gegenwärtigen ernsten Zustand der internationalen Angelegenheiten ist die britische Regierung der Ansicht, daß keine Gelegenheit ungenützt bleiben darf, die irgendeine Hoffnung bietet.

Bei den besorgniserregenden Umständen der gegenwärtigen Zeit fühle ich mich berechtigt, alle Meinungsrichtungen des Unterhauses um ihre Unterstützung bei der Durchführung der jetzt vor uns stehenden Aufgabe zu bitten.

Nachdem Eden seine Erklärung beendet hatte, bejahte

Premierminister Baldwin

die Frage des Oppositionsführers Attlee, ob das Unterhaus Gelegenheit für eine Aussprache über den wichtigen deutschen Schritt erhalten werde. Dann beantragte Baldwin, das Unterhaus möge die Vorschläge der Regierung billigen, die in dem Weißbuch über die Verteidigung enthalten seien.

Zur Begründung führte er aus, die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die auswärtige Politik seien so eng und fest miteinander verbunden, daß man über die eine nicht ohne die andere beraten könne. Daher werde er sich auch mit der englischen Außenpolitik befassen. Ihr Ziel sei, den Frieden für die Völker des britischen Reiches und für die Völker der Welt zu sichern. Die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, bestünden in der kollektiven Sicherheit und Freundschaft. Um kollektive Sicherheit zu erhalten, gehöre England dem Völkerbund an. Freundschaft suche England mit allen Völkern der Welt.

Die enttäuschenden Ergebnisse jedes Versuches, zu einer internationalen Abrüstung zu kommen, das Anwachsen der Rüstungen in anderen Ländern zusammen mit dem Aufkommen einer Reihe beunruhigender Dinge in der internationalen Lage hätten Großbritannien keine andere Wahl gelassen, als die britischen Verteidigungsmittel zu überprüfen.

Die Regierung habe wiederholt ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, ein internationales Abkommen über Rüstungsmagnahmen abzuschließen. Obwohl diese Vorschläge bisher nicht angenommen worden seien, hoffe die Regierung immer noch, daß man eine Grundlage finden werde, auf der Uebereinkommen für die Begrenzung der Rüstungen getroffen werden könnten. Sie werde jede Gelegenheit, die sich hierzu biete, nutzen. Diese Worte, so führte Baldwin aus, sind

vor dem Wochenende geschrieben worden, aber ich wiederhole sie als das, wofür die Regierung arbeiten wird.

Wir werden fortfahren, unsere Stellung, unser Ansehen und unseren Einfluss dazu zu verwenden, um zu einer Befriedung der internationalen Unruhe beizutragen und den Grundrissen der Völkervereinigung zum Erfolg zu verhelfen.

Aber keine Regierung dieses Landes kann die einmaligen Gefahren eines Konfliktes irgendwo anders in der Welt übersehen, die trotz der wohlgemeinten Anstrengungen für eine Befriedung vorhanden sind. Während wir versuchen, festzustellen, was zu tun sei, um einen Streit zu vermeiden, werden wir nicht vor der unvermeidlichen Verantwortung zurücktreten oder abfällig die Verteidigung unseres Landes schwach oder schlecht ausgerüstet lassen.

Baldwin wandte sich hierauf der Schilderung des Kollektivsystems zu. Man habe seit dem letzten Jahr eines gelernt.

Die kollektive Sicherheit habe sich als unfähig erwiesen, den Ausbruch des osteuropäischen Krieges zu verhindern. Sie müsse aber der Gesamtheit noch einen Krieg verhindern können, bevor er beginne.

Er sei der Überzeugung, daß ein Krieg nur zu verhindern sei, wenn der Angreifer wisse, daß sein Vorgehen sofort auf bewaffnete Gegenwehr treffen würde. Nach gegenwärtigen Verhältnissen müßte Europa erwägen, was die kollektive Sicherheit bedeute. Es müßte sich darüber schlicht werden, ob es von ihr Gebrauch machen wolle. Er hoffe, daß das geschehen werde. Das werde aber nicht an einem Tage geschehen. Im System der kollektiven Sicherheit erwies sich England, das die größte Seemacht in Europa sei, auch die größten Lasten. Was sich in den letzten Monaten ereignet habe, zeige dies offensichtlich. Die vorangegangenen Regierungen seien bei der Aufstellung der Bausätze für die Wehrmacht in den letzten zehn Jahren von der Ansicht ausgegangen, daß es keinen größeren Krieg in Europa geben würde.

Zu den britischen Bemühungen zur Förderung des Friedens erklärte Baldwin, man dürfe sich nicht als ein Fehlen von Schwäche ansehen. Aber die britische Regierung noch die britische Welt, so erklärte er, werden sich durch Drohungen einschüchtern lassen, aus welcher Ecke sie auch immer kommen mögen.

Baldwin stellte dann fest, daß die Vorschläge über das notwendige Maß nicht hinausgingen, und daß der Aufstellungsplan elastisch sein müsse, damit die Pläne geändert werden könnten, je nachdem sich die internationale Lage zum Besseren oder zum Schlechteren ändere.

Am Schluß seiner Ausführungen im Unterhaus ging Baldwin auf die gegenwärtige internationale Lage ein. Trotz der Unruhe in den internationalen Beziehungen, so sagte er, wollen wir unsere ganze Kraft auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern verwenden.

Das Haus wird die Erklärung des Außenministers Eden mit gemischten Gefühlen gehört haben. Es ist niemand in diesem Hause, der ihm nicht Erfolg auf seiner Reise wünscht.

Der Frieden in Europa kann nicht von Dauer sein, wenn der jahrhundert alte Argwohn zwischen Deutschland und Frankreich bleibt.

Die Gründe für den Argwohn gehen weit in die Geschichte zurück. Unsere englische Geschichte hat nichts, was uns in den Stand setzt, das zu verstehen. Aber mit diesem französischen Wunsch nach Sicherheit und dem deutschen Wunsch nach Gleichberechtigung sind unsere schärfsten Hoffnungen wieder und wieder zunichte gemacht worden, manchmal durch die Franzosen, die unserer Ansicht nach eine Gefährdung des Weltfriedens darstellen, ein Angebot anzunehmen (Belastung) und andererseits durch Deutschland, das etwas tat, das zum Bruch eines Vertrages geführt hat, und was uns wieder erschüttert hat.

Aber auch wenn es in dieser Weise gehandelt hat, so war es, wie ich glaube, nicht seine Absicht, die Empfindlichkeit der Franzosen zu verletzen.

Für uns steht es in diesem Augenblick nach all diesen Jahren des Krieges so aus, als ob die alten üblen Einflüsse sich wieder durchziehen. Es mag heute weniger Hoffnung vorhanden sein als seit langem, daß man diese beiden Länder zusammenbringe.

Sobald berühren uns in unserem Lande keine dieser alten geschichtlichen Gefühle.

Wir haben keinen heileren Wunsch, als so zu handeln, daß wir unseren kühlen Kopf bewahren und fortfahren, Frankreich und Deutschland in Freundschaft mit uns zusammenzubringen. Ich wiederhole, was ich vor fünf Monaten gesagt habe: Es kann keinen dauernden Frieden geben, solange die gegenwärtigen Verhältnisse fortbauern. Die einzige Hoffnung liegt in der Herstellung jener drei großen Freundschaft.

Bis dieser Tag anbricht, wird es in Europa in größerem oder geringerem Ausmaße Schwierigkeiten, Krisenzeiten und Zeiten der Panik geben. In dieser Zeit, in der unser Einfluß von größter Bedeutung sein könnte, kann sich unser Land am wenigsten leisten, schwach zu sein.

Der Bischof von Aachen grüßt die deutschen Rheinlandgarnisonen.

DNB Aachen, 9. März.

In Vertretung des erkrankten Bischofs von Aachen empfing Weihbischof Dr. Straetmans am Montagmorgen einen Vertreter des „Wehrdienstes“ (Wehrdienst) zu einer längeren Unterredung, in deren Verlauf er seine und des Bischofs Gemüthsregung über die volle Wiederherstellung der Souveränität des Reiches im Rheinland zum Ausdruck brachte. Weihbischof Straetmans unterließ die Empfindungen der gesamten rheinischen Bevölkerung, die in den deutschen Soldaten Garanten des Friedens sieht, auf das nachdrücklichste. Er gab für Bischof Dr. Voigt weiterhin folgende Erklärung ab: „Als am Samstag die Soldaten wieder in Aachen einogen, habe ich die Freude vieler darüber, daß Aachen wieder Garnisonstadt geworden ist, mitterlebt. Unsere Bevölkerung ist friedlich gesinnt. Sie hat den einen Wunsch, im Sinne der deutschen und christlichen Kultur ihren Arbeiten in der Landwirtschaft, im Handel und Industrie nachzugehen. Sie wünscht im Einklang mit dem Führer, daß der innere Friede sich immer mehr befestige und auch nach außen Frieden sei. In diesem Sinne, so glaube ich bestimmt sagen zu können, weil ich so viele Menschen diesseits und jenseits des Rheines kenne, weiß ich mich einig auch mit denen, die jenseits des Rheines wohnen.“

Die evangelische Kirche an den Führer.

DNB Berlin, 9. März.

Der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses, General-Superintendent Dr. Zöllner, hat am Sonntag an den Führer und Reichsminister folgendes Telegramm geschickt: „Ergriffen von dem Ernst der Stunde und von der tiefen Entschlossenheit des aus seiner Verantwortung vor Gott handelnden Führers steht die Deutsche Evangelische Kirche freudig bis zum letzten Einfluß für des deutschen Volkes Ehre und Leben bereit.“

Frankreich lehnt Prüfung des deutschen Angebotes ab.

Völlige Unverständlichkeit für den deutschen Standpunkt.

Rundfunkrede des Ministerpräsidenten Sarraut.

DNB Paris, 9. März.

Ministerpräsident Sarraut hielt am Sonntagabend im französischen Rundfunk eine Rede, in der er sich mit den Erklärungen des Führers vor dem Reichstag beschäftigte. In völliger Verkennung der deutschen Auffassung brachte der Ministerpräsident den Standpunkt der französischen Regierung in seiner ganzen Starrheit zum Ausdruck.

In seiner Rede erklärte Sarraut zunächst, daß er in voller Ruhe sich mit der Schwere der Ereignisse auseinandersetzen wolle. Dann ging der Ministerpräsident auf einen kurzen, geschichtlichen Rückblick ein, der die Einstellung der entmilitarisierten Rheinzone rechtfertigen sollte. Frankreich habe stets eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland zu erreichen versucht, und diesen Bemühungen sei der Rheinpakt von Locarno entsprossen. Auch in der vorliegenden Klärung des belgischen Gebietes erkläre Sarraut einen Beweis des französischen Willens, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Während nach seiner Auffassung von französischer Seite alles getan worden sei, um zu einer Verständigung der Atmosphäre zu gelangen, glaubt der französische Ministerpräsident, Deutschland eines klaren Blicks für die Angelegenheiten bedürftig zu sein, das im überhöhten Widerspruch zu den menschlichen Friedensbestrebungen der Welt steht. Als Beispiele für die Verletzung der Reparationszahlungen, das Verlassen der Währungsstabilität, das Ausweichen aus dem Völkerbund und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an. Gefühlsmäßig verweigert er jedoch seinen Hörern, daß diese Maßnahmen von Deutschland ertüffelt wurden, als sich die Gegenstände klar und deutlich über die feierlich eingegangene Verpflichtung hinweggesetzt hätte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Sarraut der Bedeutung der entmilitarisierten Zone zu, die die Unverletzlichkeit der französischen Grenze gegen einen plötzlichen Angriff (1) gewährleisten solle. Im Anschluß an das Führer-Interview im „Paris-Midi“ stellte Sarraut die Behauptung auf, daß die deutschen Veränderungen gegen den französisch-lorenzischen Weltfrieden in Bezug auf seine Unverletzlichkeit mit dem Locarno-Vertrag völlig unvereinbar seien. Er unterließ es jedoch, die schwerwiegenden Argumente des Führers in irgend einer Form zu berücksichtigen und beschränkte sich auf die Feststellung, daß der Führer in seiner Rede am 21. vorigen Jahres die Bedeutung der entmilitarisierten Zone als einen Beitrag zum Frieden Europas anerkannt habe. Deutschland habe kein Recht, sich zum Richter über die Unverletzlichkeit des Locarno-Vertrages mit dem Rücken zum Völkerbund zu machen. Sie hätte den internationalen Gerichtshof im Haag mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Ministerpräsident Sarraut gab dann zu, daß Deutschland in dem dem französischen Völkervertrag übergebenen Memorandum neue Vorschläge gemacht habe.

Diese Vorschläge werde jedoch die französische Regierung nicht prüfen.

Denn Frankreich könne diesen Vorschlägen kein Vertrauen entgegenbringen, nachdem nunmehr zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres übernommene Verpflichtungen von Deutschland abgelehnt worden seien. Die Prüfung dieser Vorschläge könne aber auch nicht erfolgen, da Deutschland durch die Entsendung „bedeutender Streitkräfte“ in die entmilitarisierte Zone Frankreich vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Auch hier erwähnte Sarraut mit keinem Wort, daß in Wirklichkeit der französisch-lorenzische Vertrag, an den sich Frankreich bereits sehr praktisch gebunden fühlt, eine neue Last auf die deutsche Regierung drückt, und daß die Befehle der Reichsregierung eine natürliche Reaktion auf diese Durchbrechung des Locarno-Vertrages sind.

Die französische Regierung sei, so erklärte der Ministerpräsident, entschlossen, dieser Drohung nicht nachzugeben. Die französische Regierung sei weiter gewillt, die Sicherheitsgarantien des Locarno-Vertrages aufrecht zu erhalten. Frankreich wolle nicht, daß Strazburg im Bereich der deutschen Kanonen liege (1).

Auch aus diesen Worten spricht wieder die vollständige Unfähigkeit des französischen Standpunktes, der wohl für Frankreich jede zusätzliche Sicherheit vor dem Schreckgespenst einer „deutschen Gefahr“ in Anspruch nehmen will, ohne jedoch dem deutschen Nachbarn das gleiche Recht zuzubilligen zu wollen.

Ministerpräsident Sarraut weist dann darauf hin, daß der Locarno-Vertrag im Falle einer Verletzung seiner Bestimmungen die Anwendung des Völkerbundesrates vorsehe. Es sei aber auch unumgänglich notwendig, daß ein unverzüglicher Meinungsaustausch zwischen den Signatarmächten dieses Vertrages stattfindet.

Abessinien zu sofortigen Verhandlungen bereit.

Das Bedürfnis nach Frieden

Genf, 9. März.

Dem Völkerbundssekretariat ist vom abessinischen Generalen eine Note übermittelt worden, in der Abessinien erklärt, daß es mit der sofortigen Eröffnung von Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes zum Zweck der baldigen Beilegung der Feindseligkeiten einverstanden ist. Der abessinische Gesandte in Paris habe dem 18er-Ausschuß für alle weiteren Auskünfte zur Verfügung.

Der abessinische Kriegsminister Ras Mulugeta gestorben.

Abis Ababa, 9. März.

Der abessinische Kriegsminister und Heerführer Ras Mulugeta ist gestorben. Dem Vernehmen nach soll Mulugeta am Sonntag einer Augenentzündung erlegen sein, während er nach einer anderen Ansicht den Verwundungen erlegen sein soll, die er in der Schlacht am Amba Alachi erhalten habe. Ras Mulugeta war einer der mächtigsten Fürsten Abessinien. Er genoss das größte Vertrauen des Kaisers, dessen Stellvertretung er regelmäßig übernahm, wenn der Negus von der Hauptstadt abwesend war.

Zum Schluß seiner Rede betonte Sarraut, daß Frankreich mit der Verteidigung seines Standpunktes gleichgültig ein wesentliches Moment des europäischen Friedens verteidige. Wenn die Reichsregierung geglaubt habe, auf die französische Uneinigkeit und die Wirren innerer Meinungsverschiedenheiten rechnen zu können, so habe sie sich getäuscht. Das französische Volk werde die sofortige Einheit seines Willens im Interesse der Sicherheit Frankreichs wiederherstellen.

Mit der Leidenschaft der Verneinung hat der französische Ministerpräsident in seiner Rundfunkansprache erklärt, Frankreich werde die deutschen Vorschläge nicht prüfen. Er begründet dies mit der einseitigen Aufhebung der feierlich übernommenen Verpflichtung von Deutschland und mit der Tatsache des Einmarsches von Truppen in das deutsche Rheinland, ohne dies vorher angekündigt zu haben. Wenn Herr Sarraut damit ein deutsches seit accompli brutalster Art feststellen zu können glaubt, so vergißt er, daß am 7. März nur der Schlußpunkt unter eine Entwicklung gesetzt worden ist, die eine lange Reihe französischer faits accomplis darstellt. In Mißachtung dieser seiner eigenen Verpflichtungen, die Frankreich jede Angriffsbehandlung und somit auch jede Erhöhung einer Konfliktsmöglichkeit untersagte, hat Frankreich die Möglichkeiten eines Zusammenstoßes mit Deutschland erweitert, wobei es sich selber das Urteil darüber anmaßte, ob diese Politik mit Locarno vereinbar und wer der mutmaßliche Angreifer sei. Der Vorwurf, daß Deutschland für sich eine einseitige Richterrolle in Anspruch genommen habe, fällt demnach auf Frankreich zurück, das diesen Anspruch sogar vertragsmäßig im Rußenspat festgelegt hat.

Nun klagt Sarraut darüber, daß durch den Wegfall der entmilitarisierten Zone, deren Unverletzlichkeit durch das französische Vorgehen ins Unrecht gesetzt worden war, Frankreich nicht mehr geschützt sei, und er prägt in diesem Zusammenhang den Satz: „Wir wollen nicht, daß Strazburg im Bereich deutscher Kanonen liegt!“

Herr Sarraut hält es offenbar für richtig und für eine große Nation entwürdigend, wenn Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Saarbrücken, Trier und viele andere deutsche Städte in der Reichweite französischer Kanonen liegen, die überdies den Vorteil haben, bereits unter Beachtung aller militärischen Vorschriften in ein unüberwindbares Befestigungssystem eingebaut zu sein, dem ein bekannter zünftiger General vor nicht langer Zeit das Zeugnis ausstellte, daß es sich auszeichnete auch für offensive Möglichkeiten eigne.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß Herr Sarraut sich der Leidenschaft der Verneinung derart überließ, daß er die konstruktiven Vorschläge Deutschlands beiseite schied. Er befindet sich in dieser Beziehung wohl nicht im Einklang mit vielen gewichtigen Stimmen des öffentlichen Auslandes, die den entscheidenden Wert der konstruktiven deutschen Vorschläge erkannt haben. Er verschließt sich damit den konkreten Möglichkeiten zu einer reiflichen deutsch-französischen Verständigung, nach der die Reichweite von Geschützen und Flugzeugen innerhalb französisch-deutscher Beziehungen überhaupt keine Rolle mehr spielen könne.

Wenn der französische Ministerpräsident sich sogar zu der Annahme verleiht, der Zeitpunkt der deutschen Verlautbarung sei mit Hinblick auf die französischen Wahlen gewählt, so ist festzustellen, daß Deutschland niemals in der Entzweiung des französischen Volkes seinen Vorteil, sondern stets in dem einigen und unteilbaren Frankreich eine europäische Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit gesehen hat.

Im Gegenteil ist es nur mit dem kommenden Wahlkampf zu entschuldigen, wenn Herr Sarraut in der Sicherung deutschen Gebietes durch deutsche Soldaten eine „Kapitulation und Knechtschaft“ des französischen Volkes sehen will. Wohin kämen die europäischen Völker, wenn dieser Grundlag allgemein gültig würde! Dieser Geist war es, gegen den der Führer und Reichsminister mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seiner Verantwortlichkeit die Forderung nach deutsch-französischer Verständigung ins Feld führte.

Abessinien zu sofortigen Verhandlungen bereit.

Teilweise Waffenruhe?

Asmara, 9. März.

Im Laufe des Sonntags wurde eine Abordnung des italienischen Oberkommandos bekannt, wonach angeht, daß bestehende Friedensmöglichkeiten vorläufig auf italienischer Seite von Kampfhandlungen, wie vor allem Luftangriffen, abgesehen werden soll. Von der Abordnung ausgenommen werden sollen lediglich die laufenden, rein taktisch zu wertenden Bewegungsmannöver der italienischen Truppen.

Der Entschluß, jede Befestigung abessinischer Kolonnen durch Infanterie, Maschinengewehre, Artillerie sowie jedes Luftbombardement auszuheben, wurde, wie ein amerikanisches Nachrichtenbüro mitteilt, am Sonntag im italienischen Hauptquartier gefaßt, nachdem hier Mussolini zutreffende Antwort auf die Genfer Friedensvorschläge bekannt geworden war. Von hohen Stabsoffizieren wurde erklärt, daß die italienischen Bombengeschwader, die sich in der Luft auf Erkundungsflügen über abessinischen Stellungen befanden, Sonntag früh dratlos Befehl erhalten hätten, abessinische Truppenabteilungen nicht mit Bomben zu belegen. Gleichlaufende Befehle wurden vom Hauptquartier für die Luftwaffe an alle Flugzeugstützpunkte an den Kampffronten übermittelt.

„Der Krieg geht weiter“.

Rom dementiert die Einstellung der Feindseligkeiten.

DNB Rom, 9. März.

In hiesigen zukünftigen Kreisen werden alle aus Asmara kommenden Nachrichten über eine Einstellung der Feindseligkeiten in Ostafrika auf das allerent-

Der Widerhall des deutschen Angebotes.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

strichene Haltung der britischen Regierung zu den Ergebnissen des 7. März sehr wesentlich von der Stellungnahme der französischen Regierung. Läßt man als Deutscher die Rede Edens als maßgebliche Meinungsäußerung des britischen Volkes auf sich wirken, so kann man freilich nicht sagen, daß sie dem durch den Mund des Führers dargelegten Handeln, Wünschen und Wollen Deutschlands wirklich gerecht würde, und das nicht nur wegen der Bemerkung über die Verletzung des Rheinpaktes. Wie auch die Kommentare der Londoner Presse zu dem deutschen Memorandum zeigen, wird die Haltung Deutschlands in England noch nicht ganz und noch nicht überall verstanden. Das bedauern wir, aber wir hegen die Hoffnung, daß das britische Volk bei klarer Prüfung aller Zusammenhänge und bei vorurteilsloser Würdigung des deutschen Angebotes einseht, daß die Reichsregierung so handeln mußte, wie sie gehandelt hat. Es machen sich, insbesondere in der englischen Presse, bereits Ansätze zum Verständnis geltend, die wohl geeignet sind, zu einer gerechten Beurteilung des deutschen Schrittes zu führen. Auch Edens Rede ließ solche Ansätze erkennen, wenn auch vorwiegend in der Richtung trat, daß er die Begründung und den Sinn des deutschen Vorgehens zur Schaffung beständiger Friedenssicherung in Europa noch nicht ganz erfaßt hat.

Doch entnehmen wir seinen Ausführungen mit Genugtuung, daß er die Weibereinnahme von Garantien in der bislang entmilitarisierten Zone nicht als Drohung gegen Frankreich und Belgien ansieht. Sie stellt in der Tat nichts anderes dar als die volle Wiederherstellung der Souveränität im eigenen Land. Für jede andere Land ist es eine Selbstverständlichkeit, daß seine Souveränität nicht in eigenen Landestücken einer Schmälerung unterliegt und einschränkenden Bedingungen unterworfen ist. Was für andere Länder gilt, kann Deutschland, nachdem die Welt die Atmosphäre von Versailles überwunden hat, nicht vorenthalten werden. Umso mehr müssen wir bedauern, daß Eden doch die Möglichkeit eines deutschen Angriffs zur Diskussion gestellt hat. Von einer solchen deutschen Absicht kann überhaupt niemals die Rede sein. Es liegt außerhalb des Bereichs des Möglichen. Das beweisen die zahlreichen früheren deutschen Verhandlungsangebote an Frankreich, und es beweist nicht minder das neue Angebot eines Nichtangriffspaktes an die französische und belgische Regierung, der auf ein ganzes Vierteljahrhundert Geltung haben soll und als dessen Varianten England und Italien zum Beitritt eingeladen worden sind. Durchaus sympathisch sind die Schlussworte Edens. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß das großzügige Angebot des Führers auf die britische Regierung Eindruck gemacht hat, daß sie die Bedeutung dieses Angebotes erkennt und entschlossen scheint, das Folgende zu tun, daß auf ihm als Grundlage der Versuch einer Organisation des europäischen Friedens unternommen wird. Auch Baldwins Rede klang sehr deutlich in diesem Sinne aus. Hiernach möchten wir hoffen, daß dem Vertreter der britischen Regierung sowohl schon die heutige Locarno-Konferenz in Paris als auch die Tagung des Völkerbundesrates, frei von dem Geiste der Verneinung, der bislang aus Paris zu uns herüberklang, weniger Anlaß geben wird zur Unterbrechung negativen Verhaltens aus dem politischen Gedankenfeld einer überlebten europäischen Verleumdung als zu einem kraftvollen Nachstoß in die Atmosphäre eines gesicherten Friedens, nachdem der Führer des deutschen Volkes in ihm am Samstag mit erstem Staatsmännischen Vorstoß den Weg gewiesen hat.

Ich wiederhole in dieser Rede gefaßt. Es könnte sich lediglich um eine Einstellung einzelner Kampfhandlungen ausschließlich aus militärischen Erwägungen heraus handeln. Politische Gesichtspunkte könnten keine Rolle spielen. Vor allem würde ein derartiger Abbruch der Feindseligkeiten nicht im Zusammenhang mit den einzuleitenden Genfer Friedensverhandlungen stehen.

Am Montag nachmittag um 3 Uhr fand die erste diesjährige Sitzung der italienischen Kammer statt. Zu Beginn der Sitzung hielt der Kammerpräsident Graf Cossiga Ciano, der Vater des italienischen Propagandaministers, eine kurze Ansprache, in der er mit Worten größter Befriedigung auf den regelrechten Vormarsch der italienischen Truppen in Ostafrika hinwies, dem italienischen Regierungschef die Dankbarkeit der Volksvertretung Italiens aussprach und sodann betonte, daß das italienische Unternehmen in Ostafrika andauere und andauern werde. Diese Ausrufung Cianos wird allgemein als Markierung gegenüber den Nachrichten aus Ostafrika über eine Einstellung der Feindseligkeiten aufgefaßt.

Arbeitsdienst der Abiturientinnen.

Berlin, 9. März.

Abiturientinnen, die zu studieren beabsichtigen, sind verpflichtet, vor Beginn des Studiums am studentischen Arbeitsdienst teilzunehmen. Er beginnt am 1. April d. J. und dauert 26 Wochen. Für Arbeitsdienstuntaugliche wird ein Sonderdienst bei der NSB durchgeführt.

Die Abiturientinnen erhalten von den Vertrauensstudentinnen bei den Landesstellen des deutschen Frauen-Arbeitsdienstes die Aufforderung, sich zum Arbeits- bezw. Sonderdienst zu melden.

Arbeitsdienst der Abiturientinnen.

Berlin, 9. März.

Abiturientinnen, die zu studieren beabsichtigen, sind verpflichtet, vor Beginn des Studiums am studentischen Arbeitsdienst teilzunehmen. Er beginnt am 1. April d. J. und dauert 26 Wochen. Für Arbeitsdienstuntaugliche wird ein Sonderdienst bei der NSB durchgeführt.

Die Abiturientinnen erhalten von den Vertrauensstudentinnen bei den Landesstellen des deutschen Frauen-Arbeitsdienstes die Aufforderung, sich zum Arbeits- bezw. Sonderdienst zu melden.

Moskau unterstützt die französische Regierung.

DNB Paris, 9. März.

Der sowjetrussische Botschafter Potemkin hat dem französischen Außenminister, wie an unterzeichnete Stelle verlautet, die Zusicherungen, die er Flaminio am Sonntag bereits von sich aus gemacht hatte, nunmehr amtlich bekräftigt. Moskau werde die französische Regierung in den nach der deutschen Besetzung des Rheinlandes unternommenen Schritten unterstützen. Die sowjetrussische Abordnung werde in Genf der französischen Abordnung ihre Unterstützung zur Verfügung stellen.

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

Stad...

erhielt des Kg. Wih. Stodhorst hatt. Der Stimm-
theilhaber der NSDAP, Pg. Schulze Sieders,
eröffnete die Kundgebung und begrüßte die Erschei-
nenden. Insbesondere begrüßte er Vater Jähbinder aus
Hoh-Burlo. Unter den Klängen eines Trauermarsches
wurden die Namen der im Weltkriege gefallenen 54
den unserer Gemeinde verlesen. Vater Jähbin-
der hielt dann eine passende Ansprache, in der er der
den gedachte, die ihr Leben für ihr Vaterland
gaben. Er forderte die Anwesenden, besonders die
ne Generation, auf, dem Beispiel dieser Helden zu

1

am Freitag erfuhr sie wieder:

Für einen Teil der Auflage wiederholte Meldung.

DNB Berlin, 8. März.

DNB Berlin, 9. März

DNB Berlin, 9. März.

I. Auslegung der Stimmlisten.

II. Stimmzettel für Auslandsdeutsche und Angehörige der Besatzung von See- oder Binnenschiffen.

§ 2.
Außer in den Fällen des § 9 der Verordnung über Reichswahlen und -abstimmungen (Reichsstimmordnung) vom 14. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 173) erhält ein Stimmschein auf Antrag ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste oder Stimmartei eingetragen oder darin geführte ist,

DNB Paris, 9. März.

Die Pariser Presse fordert eine energische und entschlossene Haltung der Regierung bei den kommenden Beiräthungen. Aber hier und da machen sich gewisse Befürchtungen und Beunruhigungen über die Haltung der einen oder anderen Macht geltend, die vielleicht den französischen Forderungen nicht voll und ganz gerecht werden könnte. Diese Befürchtungen richten sich in erster Linie gegen die englische Haltung, dann aber auch gegen

Auf dem Invalidenfriedhof fand am Nachmittag an der Grabstätte Manfred von Richtigens eine Gedenkstunde statt, bei der General Göring einen neuen Grabstein für den toten Kameraden weihte. Er gedachte in einer kurzen Ansprache des Kameraden und kündigte an, daß Richtigens einer der ersten sein sollte, der in die neue Ruhmeshalle für die Helden des Vaterlandes übergeführt werde.

(1) Auslandsdeutsche im Sinne des § 2 Nr. 1 sind deutsche Staatsangehörige, die im Auslande ihren Wohn- oder ständigen Aufenthalt haben. Als Auslandsdeutsche gelten auch deutsche Staatsangehörige, die im Auslande als Beamte, Angestellte oder Arbeiter des Reichs, eines deutschen Landes oder der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft angestellt sind oder als Familienangehörige und Hausangestellte in ihrem Haushalt leben.

(2) Die Bestimmungen für Auslandsdeutsche gelten nicht für deutsche Staatsangehörige, die Juden sind oder als Juden gelten (§ 5 der ersten Verordnung vom 14. November 1935, Reichsgesetzblatt I S. 1333, zum Reichsbürgergesetz).

Stimmzettel für Auslandsdeutsche (§ 2 Nr. 1, § 3)
 stellt die für den Wohnort im Auslande aufstehende diplomatische oder konsularische Vertretung des Reichs oder die Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes im Inlande, für See- oder Binnenflüchtlinge (§ 2 Nr. 2) die Gemeindebehörden des Aufenthaltsortes aus. Für Seeleute auf hoher See oder im Auslande stellt auf Antrag die nächstgelegene diplomatische oder konsularische Vertretung des Reichs den Stimmzettel aus.

III. Stimmabgabe im Reiseverkehr.

§ 7.
Für Reisende mit Stimmzettelchen, denen sich keine
Möglichkeit zur Stimmabgabe in einem allgemeinen Ab-
stimmungstraum (§ 41 Reichsgesetzordnung) bietet, wer-
den auf einigen großen Leberangabstätten ge-
höben des innerdeutschen Personenverkehrs sowie auf
einigen Leberangabstätten an der Reichsgrenze be-
sondere Stimmbezirke mit Abstimmungsräumen
oder wenigstens besondere Abstimmungsräume eingerich-
tet (Stimmabgabe im Reiseverkehr), und zwar auf folgen-
den Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn: Aachen
Hbf., Augsburg, B. e. t. h. e. i. m., Berlin Anhalter Hbf., Ber-
lin Friedrichstraße, Berlin Götlicher Hbf., Berlin Lehrter
Hbf., Berlin Potsdamer Hbf., Berlin Schlesischer Hbf., Ber-
lin Stettiner Hbf., Berlin Zoologischer Garten, Bremen
Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cranzburg, D. t.
E. p. l. a. u., Dresden Hbf., E. m. m. e. r. i. c. h., Erfurt, E. p. l. i. t. b. u. r. g.
H. a. u. s. b. u. r. g., Frankfurt a. M. Hbf., Freiburg B. r. i. e. d.
H. o. f. e. n. (Friedrichshof), G. r. i. e. l. e. n., Groß W. o. l. d. o. l. f. (Wom-
mern), H. a. g. e. n. o. t. e. n. L. a. n. d., H. a. m. b. u. r. g., J. a. n. n. e.
H. o. f., I. n. t. e. r. b. u. r. g., K. a. r. l. s. b. u. d., K. e. l. b., O. a. u. e. n.
K. ö. n. i. g. Hbf., K. ö. n. i. g. s. b. u. r. g., L. e. i. p. z. i. g. Hbf., L. i. n. d. a. u., M. a. r. i. e. n-
b. u. r. g., M. i. n. d. e. n. Hbf., M. i. n. t. e. r. (Westf.) Hbf., M. i. n-
n. b. u. r. g. Hbf., N. a. s. s. a. u., R. e. g. e. n. s. b. u. r. g., S. a. h. n. i. s. H. a. l. e. n., S. t. e. t. t. i. n.
S. t. u. t. t. a. r. t. Hbf., T. i. f. f. i. t., T. r. i. e. r., W. a. r. n. e. m. u. n. g.

§ 9.
Für die Stimmabgabe im Reiseverföhr werden von der zur Abgrenzung der Stimmbezirke zuständigen Behörde nach Benehmen mit der zuständigen Reichsbahndirektion besondere Abstimmungzeiten den Bedürfnissen des Reiseverföhrs entsprechend festgesetzt. Die Abstimmungszeiten müssen innerhalb der 24 Stunden des allgemeinen Wahltages liegen.

(1) Bei Ablösung eines Abstimmvorstandes werden Stimmurne, Stimmfische, Stimmzettel, Umschläge, Abstimmungsiederchrift usw. dem nächstfolgenden Abstimmungsvorstand übergeben. Hierbei wird festgestellt, daß die Stimmurne verschlossen ist und wieviel Stimmfische bisher abgegeben sind. Die Uebergabe ist in der Abstimmungsiederchrift zu vermerken. Der Vermerk wird von dem übergebenden und dem übernehmenden Abstimmungsvorstand durch Unterschrift anerkannt.

(2) Wird die Stimmabgabe unterbrochen, so wird der Spalt der Stimmurne mit amtlichen Siegeln verschlossen. Die Stimmurne, die Stimmfische, der Vorrat an Stimmzetteln und Umschlägen, die Abstimmungsiederchrift und sonstige Abstimmungspapiere werden bis zum Beginn der nächsten Abstimmungszeit amtlich verwahrt oder unter ständiger amtlicher Aufsicht gehalten.

ung in Frankreich.

Bertinag schreibt u. a. im „Echo de Paris“, die große Frage sei nach wie vor die Zählung Englands. Man spreche zwar von einem günstigen Meinungsstimmungslage, aber Genaueres lasse sich noch nicht feststellen. Der „Augsburger Allgemeine“ schreibt: „St. Brice, warnt vor übereilten Handlungen. Deutlich, daß Frankreich, er habe nicht nur die Abfahrt, Frankreich auszureißen, sondern es biete sogar für ein Vierteljahr Ruhe an, vorausgesetzt, daß Frankreich sich mit der Theorie des Papierkrieges abfinde, die Augen vor vollendeten Tatsachen schliesse und vor allem Deutschland

Das „Petit Journal“ wünscht weder eine französische Kapitulation nor der vollendeten Tatfache noch eine angriffslustige Haltung bei dem französischen Protestvorgehen. Mit, im und durch den Völkereid und müsse Frankreich seine Stimme erheben und sich Gerechtigkeit verschaffen.

Senator Caillaux tritt in der „Republique“ für eine europäische Verständigung ein, die seiner Auffassung nach, trotz der bestehenden Schwierigkeiten möglich sei, vorausgesetzt, daß sie im Geiste Raimond Lafonts, der sich gegen die Forderungen der Sozialisten und Sozialdemokraten ausgesprochen hat, durchgeführt werden kann. Caillaux wendet sich gegen das Zögern und Zaudern Frankreichs, das mitverantwortlich für die französisch-deutschen Meinungsverschiedenheiten sei. Vielleicht ist es ein teuflisches Spiel des Schicksals gewesen, das Caillaux, als er sich in die Hand über die Grenze hinaus austretend, nicht mehr gefunden habe, als ein Aussehen, das sich nicht wiederfinden ließ, das noch am Vorabend geteilt worden war. Caillaux erinnert an frühere deutsch-französische Auseinandersetzungen, bei denen man jedesmal eine Einigung gefunden habe. Die Frage sei daher, ob es diesmal trotz der vorhandenen Schwierigkeiten möglich sei, die Verhandlungen zu einem glücklichen Abschluß zu bringen. Der Ausgangspunkt müsse eine Aussprache über den gerechtfertigten Anteil des Einflusses bilden, der den beiden Großmächten wie überhaupt allen großen Staaten zuzumme.

Der „Paris Midi“ wirft die Frage auf, ob etwaige gegen Deutschland angewandte Sanktionsmaßnahmen nicht der europäischen Wirtschaft mehr Schaden zufügen würden als dem deutschen Regime und ob wirtschaftliche Sanktionen überhaupt wünschenswert seien.

Der „Frankfurter“ bemängelt im ersten englischen Heftung, Unter anderem schreibt das Blatt, man könne annehmen, daß ein Teil der englischen Öffentlichkeit der militärischen Belegung der Rheinlande wenig Bedeutung beilegen werde. Man werde sagen, daß die Deutschen sich zu Hause befinden, und doch die Gefahr, daß sie wieder die Stätte der Kriege werden, nicht in Betracht ziehen. Die öffentliche Meinung, das öffentliche Leben, das deutsche Reichthum der Welt anzuhaben scheine, lebhaft beachtet. England habe nicht dasselbe Mißtrauen wie Frankreich. Aus diesen Gründen wage man nicht anzunehmen, daß England nach einem rechtlichen Bruch stets Entschlossenheit zeigen werde.

In der Finanzzeitung „Capital“ empfiehlt Bar-
doux eine vorübergehende Vertagung der Rati-
fizierung des französisch-sowjetrussi-
schen Paktes im Senat.

Weiter abwartende Haltung Italiens.

:: Rom, 9. März.
 In Rom wurde während des Montag eine rege diplomatische Tätigkeit entwickelt. Der italienische Staatssekretär Suvich empfing erneut die Botschafter Frankreichs, Englands und Belgiens sowie den Gesandten von Jugoslawien. Außerdem fanden Unterredungen der Botschafter untereinander statt.
 Zur morgigen Zusammenkunft der Völkermächte in Paris erklärt man in hiesigen ausländischen Kreisen, daß Italien auch weiterhin eine zurückhaltende



tende und abwartende Haltung einnehmen werde. Italien behalte sich seine Stellungnahme vor und warte zunächst ab, welchen Standpunkt die übrigen drei Vornomächte vertreten werden, um sodann gegebenenfalls seinem Vorgesister in Paris, der die faschistische Regierung bei den Besprechungen vertritt, neue Instruktionen zu geben.

Günstiger Eindruck in den Vereinigten Staaten.

DNB Washington, 9. März

Das am Sonnabend von der Vereinigung der im Weißen Hause beglaubigten Berichterstatter für Präsident Roosevelt veranstaltete Jahresbankett, bei dem sich außer dem gelamten Kabinett alle führenden Staatsmänner und Politiker sowie zahlreiche höhere Offiziere in zwangloser Form trafen und unterhielten, bot gute Gelegenheit, die Ansichten hervorragender Amerikaner über das Tagesgespräch, den Einzug deutscher Truppen ins militarisirte Gebiet, zu erfahren. Allgemein bewundert man die Entschlossenheit des Führers, erst zu handeln und dann zu verhandeln, eine Taktik, die angesichts der jahrelangen fruchtlosen Verhandlungen über Abrüstung und andere internationale Fragen, wie man erklärt, zumindest erfrischend gewirkt hätte. Welche Schritte Frankreich unternehmen werde, verstand man hier — so weit vom Tatzort entfernt — nicht vorauszuagen, aber man neigt zu der Ansicht hin, daß es nicht zu ernstesten Verwicklungen kommen werde.

Wenn des Führers und Reichstanzlers Schritt hier
 sehr ruhig und in manchen Kreisen durchaus
 günstig beurteilt wird, so dürfte das daran liegen,
 daß 1. die Sympathien für Frankreich nicht groß sind und
 daß 2. infolge der großen und offenbar wirtschafts-
 nichtig beeinflussten Streiks in der Gummiindustrie
 Afrons und im Fahrzeugbetrieb Newport's die Stim-
 mung gegen die Sowjetunion und gegen
 die bolschewistischen Ziele im erheblich
 vermischt hat und jeder Schritt begrüßt
 wird, der, wie Deutschlands Protest gegen das fran-
 zösisch-sowjetrussische Bündnis, den Betätigungs-
 drang Moskau eindämmt.

In der Presse, für die die Berliner Geheimeisse noch
Sonnabend natürlich ein Ereignis erster Ordnung sind,
findet man das Bemühen zu unparteiischer
Beurteilung des Vorganges. Man weiß zwar dar-
auf hin, daß das französische/jowettische Bündnis je-
noch nicht in Kraft getreten sei und der Führer daher
„vorgegriffen“ habe, aber man erkennt doch an, daß der
vollkommen unmögliche Versailles Vertrag, aus dem die
Rheinlandokkupation lediglich in den Rheinpaß übernommen
wurde, nun endlich gestorben sei und daß man nun zur
Ausbau eines neuen Friedenswerkes
schreiten könne.



— и не мнн ноз птнорб

MAGGI'S WÜRZE

... sie verbessert den Geschmack und erhöht die Bekömmlichkeit

Der Eindruck in Rom.

Verständnis, aber Zurückhaltung

Von unserem römischen Korrespondenten.

A Rom, 8. März.

Selten hat man in Rom einen so mit politischer Hochspannung geladenen Tag erlebt, wie diesen Samstag, an dem die große Reichstagsrede Mussolinis am Lautsprecher des Radios noch kaum verklungen war, als auf der Straße schon die Mittagsblätter mit dem Bericht über die italienische Antwort auf den Genfer Friedensappell ausgerufen wurden. Die Eindrücke haben sich förmlich überlagert, und wenn man später die römischen Abendblätter zur Hand nahm, dann konnte es wohl scheinen, als ob die starken Wellen außenpolitischer Bewegung, die von Deutschland ausgehen, das Interesse der italienischen Öffentlichkeit an der im römischen Ministerrat mitgeteilten Entscheidung verdrängt. Vorerst freilich kommt diese Bewegung in der italienischen Presse mehr in groß ausgemachten Meldungen aus Berlin, Paris, London und Genf als in eigenen Kommentaren zum Ausdruck. Trotz dem lassen sich auch jetzt schon mit aller gebotenen Vorsicht einige Grundlinien herausarbeiten, auf denen sich die Eindrücke der politisch interessierten und maßgebenden Kreise sammeln.

Zu der italienischen Antwort auf den Genfer Friedensappell ist nicht viel zu sagen. Nach der amtlichen Mitteilung hat Mussolini seinen Ministerrat kurz und bündig darüber unterrichtet, daß Italien den Vorschlag des Dreierbündnisses des Völkerbundes grundsätzlich annimmt. Die Antwort ist also genau so allgemein, elastisch und, wenn man will, auch so unverbindlich gehalten, wie die Frage, auf die sie sich bezieht. Die kurzen Kommentare, die bisher dazu vorliegen, sind übereinstimmend demüth, einerseits die Grenzen des Genfer Vorschlags womöglich noch auszuweiten, und andererseits erkennen zu lassen, daß sich an der italienischen Auffassung der abessinischen Frage nichts geändert hat. Man ist sich also klar darüber, daß die Schwierigkeiten erst beginnen, wenn in den nun bevorstehenden Verhandlungen die konkreten Bedingungen eines Waffenstillstandes oder Friedensschlusses zur Erörterung gestellt werden müssen. Daß Italien dabei seine alten Forderungen nach Sicherheit vor abessinischen Angriffen, nach kolonialer Ausdehnung und nach Verdrängung der früher mit England und Frankreich abgeschlossenen Verträge über Abessinien annehmen wird, war ohnedies zu erwarten und wird durch einen ausdrücklichen Hinweis im offiziellen „Giornale d'Italia“ bekräftigt. Nicht minder selbstverständlich ist vom italienischen Standpunkt aus die Forderung, daß die militärischen Erfolge in Ostafrika mit ihrem vollen Gewicht anerkannt werden müssen. Es bleibt nur die Frage, wie diese Ansprüche in die immerhin in Genf mit der Formel „im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste des Völkerbündnisses“ gezogenen Grenzen, die übrigens in den italienischen Kommentaren mit feinem Wort erwähnt werden, eingeordnet werden sollen.

Über gerade diese Frage rückt im Zusammenhang mit der deutschen Entscheidung in eine neue Beleuchtung. Es ist dabei nicht nur davon auszugehen, daß Italien als Garant des Locarno-Paktes eine neue Lage vorfindet, von der es unmittelbar betroffen wird, sondern es spielen noch weitläufigere Zusammenhänge und Überlegungen hinein. Es ist also keineswegs erstaunlich, wenn die amtlichen Stellen bisher strengste Reserve beobachten. Auch der Presse ist bisher offenbar noch kein Stichwort gegeben worden. Indessen darf man annehmen, daß sich die italienische Öffentlichkeit und auch die Regierung, wenn sie die Tatsachen im objektiven Zusammenhang und nicht unter taktischen Gesichtspunkten betrachtet, der schließlichen zwingenden und historischen Logik des deutschen Schrittes und seiner Begründung durch die Reichstagsrede des Führers nicht entziehen können. Raum in einem anderen Lande Europas sind in den letzten Wochen die schwerwiegenden Einwände, die Deutschland gegen den französisch-russischen Pakt und seine Rückwirkung auf Locarno vorzubringen hatte, so eingehend gewürdigt und die berechtigten deutschen Sorgen mit soviel Verständnis nachempfunden worden wie in Italien. Zudem ist auch gerade der italienischen Regierung der Gedanke, ihre Unterzeichnung unter den Locarno-Pakt in seiner jetzigen Gestalt zu lösen, gerade in den letzten Wochen sicher nicht fremd gewesen. Indessen ist daraus eine unbedingt sichere Antwort auf die Frage, wie sich Italien zu den jetzt von Deutschland vorgelegenen Tatsachen verhalten wird, nicht abzuleiten. Italien wird den ganzen Fragenkomplex zunächst einmal unter den Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen im Rahmen der neuen Lage rücken, und sehr kühl prüfen, mit welchem Einsatz im europäischen Kräftepiel die beste Wirkung für eine gütliche Lösung des abessinischen Konfliktes zu erzielen ist. In diesem Sinne könnte zwischen der italienischen Antwort an den Völkerbund und der deutschen Entscheidung bereits ein ursächlicher Zusammenhang gesucht werden. Damit wird freilich schon mehr angedeutet als nach den bisher erreichbaren italienischen Äußerungen mit einiger Zuverlässigkeit festgestellt werden kann.

Mussolinis Friedensbereitschaft und Frankreich.

(1) Paris, 9. März.

Außenminister Flandin hat am Sonntag nachmittag den italienischen Botschafter Cerruti empfangen. Die Unterredung dauerte etwa drei Viertelstunden. Anschließend empfing er den amerikanischen Botschafter.

In Pariser diplomatischen Kreisen wird vor allem der Begegnung Flandins mit dem italienischen Botschafter besondere Bedeutung beigelegt.

Es verläutet, daß diesem der Wortlaut des Antrages der französischen Regierung an den Völkerbundrat mitgeteilt worden ist. Andererseits hat Cerruti dem fran-

zösischen Außenminister den Wortlaut der italienischen Antwort auf den Aufruf des 18er-Ausschusses für die Wiederherstellung des Friedens in Abessinien zur Kenntnis gegeben.

In amtlichen Kreisen scheint man es sehr zu begrüßen, daß Mussolini seine grundsätzliche Zustimmung gegeben habe, ohne Bedingungen zu stellen. Somit dürfte der 18er-Ausschuß, dem nunmehr die Zustimmung beider kriegführenden Staaten vorliegt,

In England zumeist vernünftige Erkenntnis.

Die englische Presse zu den Ereignissen des 7. März.

DNB London, 9. März.

Die Einstellung der englischen Montagspresse bei der Beurteilung der Führer-Rede und der Wiederbesetzung des Rheinlandes ist keineswegs einheitlich. Fast völlig ablesend ist der „Daily Telegraph“, der häufig die Ansichten der Regierung wieder gibt. Unter der Überschrift „Herausforderndes Verlangen“ (11) eines frei abgeschlossenen Vertrages“ schreibt dieses Blatt, daß Hitler durch die Entsendung von Truppen nach dem entmilitarisierten Rheinland den Weltmächten in „brüster“ Form den Handschuh hingehalten habe (1).

Etwas ruhiger im Ton und Inhalt ist der Leitartikel der rechtskonserverativen „Morning Post“, die die Tatsache, daß ein breiter Streifen deutschen Landes entlang der französischen Grenze entmilitarisiert sein sollte, ein seltsames System nennt.

Deute, die außerhalb Frankreichs lebten und die nicht die praktischen Erfahrungen eines Einmarsches gemacht hätten, könnten geneigt sein, zu erklären, daß die einseitige Entmilitarisierung des Rheins eine Angelegenheit sei, die nicht bis in alle Ewigkeit dauern könne. Die Befestigung eines solchen Zustandes sei an sich nicht unvermeidlich. Es sei die unangenehme militärische Wiederbesetzung der Zone, gegen die die Unterzeichner der beiden Verträge protestieren müßten.

Das Blatt wendet sich hierauf den Friedensvorschlügen des Führers zu, die mit tiefem Kopf erzwungen werden müßten. Dagegen könne der französische Vorschlag, Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden, kaum als praktisch bezeichnet werden. Diese unglückselige Sanktionspolitik habe be-

sofort in die Prüfung des Verfahrens eintreten, das man verfolgen wird, um zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu einer Regelung des Streitfalles zu gelangen. In Paris glaubt man allgemein, daß die Befriedigungsgehe Mussolinis die Stellung Italiens in Genf sehr verbessern werde, vor allem nachdem „die Initiative des Reichstanzlers den italienisch-abessinischen Streitfall in die zweite Reihe gerückt“ habe.

Flandin und Eden haben sich darüber verständigt, dem Vorsitzenden des 18er-Ausschusses vorzuschlagen, die nächste Sitzung dieses Ausschusses, die von den Italienern und der abessinischen Antwort Kenntnis nehmen soll, von Dienstag auf Mittwoch, den 11. März zu verschieben.

reits Bankrott gemacht, und auf ihr herumreiten zu wollen, würde nur eine „an sich schon gefährliche Lage“ verschlimmern, ohne eine vernünftige Hoffnung auf Lösung zu bieten. Die englischen Staatsmänner würden gut daran tun, die deutschen Vorschläge kühl und ruhig zu erwägen unter der Voraussetzung, daß sie aufrichtig seien, was sich jetzt herausstellen werde. Deutschlands Friedensplan stelle ein umfassendes Programm dar, das viele Fragen aufwerfe.

Auch die „Times“ nennt die Wiederbesetzung der Rheinlande die „Herausforderung eines freiwilligen Abkommens“, das die Abgezogenen Frankreichs und Belgiens 11 Jahre lang unverzüglich gehalten habe. Immerhin müsse aber ein Unterschied zwischen dem Einzug deutscher Truppen in ein unbesetztes Gebiet unter deutscher Oberhoheit stehendes Gebiet und einem Akt, der Feuer und Schwert in das Gebiet eines Nachbarn trage, gemacht werden. Das Blatt warnt deshalb vor einer Panikstimmung, und überprüften Schlußfolgerungen. Für Deutschland sei die entmilitarisierte Zone mehr als das Kennzeichen eines unterlegenen Staates minderen Grades. Sie sei eine Quelle militärischer Schwäche für eine Macht, die eines Tages wieder in einen Krieg mit zwei Fronten verwickelt werden könnte. Hinter dieser Darstellung liege der alte gegenseitige Argwohn. Die größte Aufgabe der Staatskunst werde darin bestehen, diese endlose Kette des Mißtrauens zu brechen. Hitler habe sich bemüht, seinem „Vertragsbruch“ eine konstruktive politische Folgerungsmöglichkeit zu geben. Diejenigen, die jetzt anrufen würden, ihr Urteil abzugeben, würden ihren Vätern gegenüber nicht ganz ihre Pflicht tun, wenn sie sich darauf beschränkten, den Wortlaut des Vertrages zu prüfen. Vielmehr müßten sie auch die Folgerungen untersuchen und feststellen, welcher Vorteil hier herausgezogen werden könne.

Das Angebot enthalte keine Bedingung, die als unzulässig abgelehnt werden könne. Eine doppelte entmilitarisierte Zone im Westen sei vielleicht nicht mehr durchführbar. Aber die Forderung nach Gleich-



Truppeneinmarsch in Freiburg i. Br.

Der Einmarsch der deutschen Truppen erfolgte in Freiburg erst am Sonntag. Da die Bevölkerung in diesem Falle schon darauf vorbereitet war, bewand sich die ganze Stadt auf den Beinen, um unseren Soldaten einen begeisterten Empfang zu bereiten. (Scherl-M.)

berechtigung sei darum an sich nicht weniger vernünftig, noch sei es die Forderung nach voller Autonomie im Memelgebiet, noch sei es die Bedingung, daß die Völkerbundsorgane vom Versailler Vertrag getrennt werden müßten.

Die „Daily Mail“ (Rothermere-Konzern) wendet sich in ihrem Leitartikel energisch gegen das Gerüde von Sanktionen. Deutschlands neuester Schlag habe in der Tat die Luft gereinigt, wie eine frische Brise von den Bergen habe er den Nebel hinweggejagt. Es sei völlig unmöglich, daß man der deutschen Nation auf unbestimmte Zeit ihre volle Oberhoheit über eine ihrer ersten Provinzen bestritten könnte. Der militärische Wert der entmilitarisierten Zone für Frankreich sei im übrigen durch die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Luftfahrt erheblich vermindert. Infolgedessen sei die Sicherheit Frankreichs wie die von erstklassigen britischen Interessen nicht ernstlich berührt.

In diesem Augenblick sei es besser, auf die politischen Unruhefaktoren zu achten.

Ihr Ziel bestche, wie französische Kritiker bei der Aussprache über den unglückseligen Sowjetpakt bereits erklärt hätten, darin, die großen Mächte Europas in einen selbstmörderischen Krieg zu verwickeln. Sie müßten gern die Gelegenheit benutzen, ihre unheilvollen Regimen weiterzuverbreiten und auf einen allgemeinen Zusammenbruch hinzuarbeiten. Die englische Regierung dürfe sich nicht fangen lassen. Englands Politik müsse darin bestehen, Ruhe zu bewahren und auch die Ausrüstung mit einem Mindestmaß von Rufen fortzusetzen.

Der arbeitsparteiliche „Daily Herald“ stellt fest, daß eine einseitige Entmilitarisierung unzulässig und untragbar sei und in klarem Widerspruch zu dem feierlichen Gleichberechtigungserklärung des Jahres 1932 stehe. In einer Welt der Weltbürger könne nicht erwartet werden, daß Deutschland sich mit einem System zufrieden gebe, das seine reichste und wichtigste Industriezone völlig unverteidigt lasse.

„Großartige Möglichkeit für die Staatskunst“.

Zuschriften an die „Times“.

DNB London, 9. März.

Die ersten Zuschriften an die „Times“ zur politischen Lage in Europa können als positiv bezeichnet werden. In einem Brief von C. W. Headlam heißt es, sicherlich biete der gegenwärtige Augenblick eine großartige Möglichkeit für die Staatskunst, nämlich für einen wahren Bund zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, der in weitem Maße dazu beitragen würde, den Frieden in Europa zu sichern.

Der Engländer C. Tassad gibt in einem Brief an die „Times“ der Überzeugung Ausdruck, daß eine Volksabstimmung unter englischen Rassen eine gewaltige Zahl von Meinungsäußerungen ergeben würde, die Hitlers Angebote gütlich gegenüberstünden. Es würde sich eine Auffassung zeigen, die für Deutschlands Furcht gegenüber der Einföhrung Verständnisses habe und die aufrichtig wünsche, diese große Nation in den europäischen Rat einzugliedern, und zwar auf Grundlage völliger Gleichberechtigung. Im Interesse der Menschlichkeit müsse man ernstlich hoffen, daß die englische Regierung mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen werde, um eine solche Position der Räumung durch eine echte Verständigung zu erzeugen.

Kleine Nachrichten.

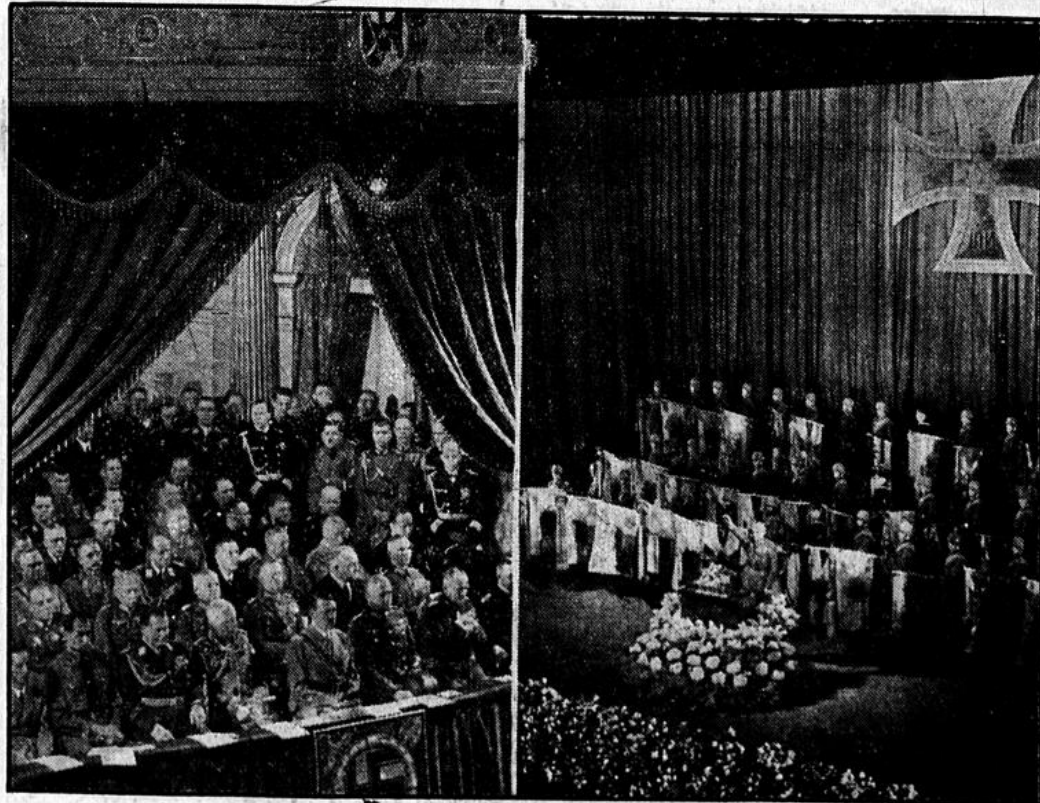
Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reich betrug am 1. März 1936 7 524 010 gegenüber 7 413 490 am 1. Februar. Im Laufe des Monats Februar ist mithin eine Zunahme von 110 520 Teilnehmern (1,49 v. H.) eingetreten. Unter der Gesamtzahl vom 1. März befanden sich 584 074 gebührenfreie Anlagen.

In der Nachmittagsziehung der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie wurde am Montag ein Gewinn zu 50 000 RM auf die Nummer 130 889 gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Bieteln in der Provinz Hannover, in der zweiten Abteilung in Ahteln in Hessen-Kassau gespielt.

Nachdem bereits vorige Woche mehrere britische Offiziere beim Schießen im westlichen Kaschmir-Gebiet durch eine Lawine ums Leben gekommen sind, wird jetzt aus Jammu gemeldet, daß im gleichen Gebiet 25 Menschen durch ein neues Lawineneingestürz den Tod gefunden haben. Die Lawine ging in der Nähe eines Dorfes Titmal nieder. Bisher konnten nur 18 Leichen geborgen werden.

Ministerpräsident Göring wird am Donnerstagabend, dem 12. März, auf der ersten Wahlkundgebung in Ostpreußen sprechen.

Der feierliche Staatsakt am Feldengedenktage in der Berliner Staatsoper.



Man sieht auf dem rechten Bild, wie sich die zahlreichen Fahnen beim Gruß an die Gefallenen senken. Links die Ehrenloge. In der Mitte der Führer, neben ihm Generalfeldmarschall von Wadenstein, General Göring, Reichsminister Rudolf Heß und Reichsminister Dr. Goebbels. — Rechts sieht man General der Artillerie von Fritsch und Admiral Raeder. (Scherl-M.)

Köln wieder Garnisonstadt.



In Köln zogen als erste deutsche Truppen die Mannschaften der Fliegerwehr ein. (Scherl-M.)

Am 31. März, 8. April, 3. Mai:
Billige Rom-Neapel-Fahrt
Reisedauer 15 Tage nur RM. 105,-
inkl. Fahrt, Hotels, voll. Verpflg.
Knipper's Reisebüro, Köln a. Rh.
Andreaskloster 12. Ruf 22 21 00.

neues Studium
unseres Anzeigenteles
hat schon vielen große
Vorteile gebracht!
Warum nicht auch Ihnen?

Inseriert im
Zeno-Anzeigenteil

Josef Wissen,
Mech. Bau- und
Wöbelschreinerei,
Gefcher i. M.

B. Bakenecker,
Bäckerei und Wirtschaft, **Eise i. W.**
Döttruper Straße 218.

„Zeno-Zeitung“
Dein Heimatblatt!

Nummer 7